



BVBB

Bürgerverein Brandenburg-Berlin e.V.

Anerkannt als gemeinnütziger Verein

Parteienunabhängig - für Bürgerrechte

BVBB-Zentrale: Wilhelm-Grunwald-Str. 48-50, 15827 Blankenfelde

Telefon: 0 33 79 / 20 14 34 · Telefax: 0 33 79 / 20 14 35

Sprechzeiten: Donnerstag 14.30 - 18.00 Uhr

www.bvbb-ev.de und www.planfeststellungsverfahren.net

Hier lesen Sie, was Sie so oder überhaupt nicht durch die Medien erfahren!

INFO 51

Blankenfelde, Januar 2009

Wir wünschen Ihnen, liebe Leser, ein gesundes und erfolgreiches, erholsames Jahr, denn der Fluglärm, größer als von Ihnen gedacht, ist bald da!

Ach, wer hätte das gedacht, dass man die Bürgermeister der Umlandgemeinden des BBI so schnell glücklich macht, weil sie verlärmte KITAS und Schulen den Eltern und ihren Kindern anbieten müssen. Nun dürfen sie auch an ihre Träume denken. In ihren Gemeinden können Ortszentren gebaut werden oder neue Rathäuser, ebenfalls mit Ventilatorenbelüftung und Schallschutzfenstern - nämlich Akustikkäfige. Die Bürgermeister und Gemeindevertreter der Schutzgemeinschaft hatten nicht den Willen und den Mut, durch Ausweisung neuer Standorte die Schulen und KITAS, die in den gesundheitsgefährdenden Lärmzonen liegen, umzusiedeln. Sie und ihre politischen Mehrheiten (SPD, LINKE, CDU, Grüne, FDP) in den Gemeindevertretungen nehmen bewusst in Kauf, dass, so die Feststellung des Gutachters der Landesregierung, Prof. Jansen, 16% der Kinder aller Generationen die vom Betrieb des BBI betroffen sind, auch an Fluglärm erkranken.

Wird es trotz Lärmschutz zu laut, dann ist doch klar: Umgesiedelt wird nur ortsnah, wie sie es als Ergebnis des Dialogforums mit der Landesplanung und der FBS vereinbart haben. Was ortsnah ist, bestimmt dann die Flughafengesellschaft, die ja zahlen soll.

Der „Planungsatlas Flughafenumfeld BBI“ hat es nun deutlicher offenbart: der Bürger wird weiter vernarrt. 100 % Kostenerstattung für wirksamen Lärmschutz? Daran braucht der Bürger nicht zu denken, das Geld braucht man, um die Wirtschaft weiter zu beschenken. Er bekommt den Lärmschutz, den die Flughafengesellschaft für ausreichend hält. Gegen solche Willkürentscheidungen kann der Bürger dann klagen, wenn er das Geld dafür hat.

Auch werden die Entschädigungsgebiete größtmöglich beschränkt. Da haben die Bürgermeister auch nicht widersprochen.

Von Vereinbarungen im Dialogforum für den Schutz der Bürger ist im „Planungsatlas“ keine Spur zu finden. Dafür aber in einem wolkigen Vorwort der Hinweis, dass im „Dialogforum 2“ für die Bürger etwas herauskommen muss.

Glauben Sie wie in jedem Jahr, die Bürgermeister werden es schon richten und für Ihr Wohlergehen etwas tun? Gehen Sie zu Ihrer Gemeinde oder nutzen Sie das Internet und lesen Sie den Planungsatlas gründlich. Dann wird Ihnen einiges klar. Nutzen Sie die Gemeindevertretersitzungen um nachzufragen, was wirklich für uns Bürger in Sachen fairer Entschädigung, Gesundheitsschutz und wirksamer Lärmschutz getan wird. Fragen Sie Ihre gewählten Landtagsabgeordneten, wie sie sich praktisch zu Ihren Sorgen stellen, was sie dagegen tun. Schließlich werden die Abgeordneten um Ihre Stimme buhlen, die sie am 27. September haben wollen. In diesem Sinne: Bürger wacht auf, bevor Euch der Fluglärm weckt! Wehrt Euch selbstbewusst gegen einen Politfilz, der Euch nicht helfen will, sondern auf sein Wohl bedacht ist.

Einladung

zur öffentlichen Informationsveranstaltung

Wann? 20. Februar 2009 um 19:00 Uhr

Wo? "Markthalle" Schloss Diedersdorf, Marktplatz, 15831 Diedersdorf

(Bitte die ausgewiesenen Parkplätze nutzen.)

Wir reden Klartext! Wir informieren zu aktuellen Fragen rund um den BBI!

Wir sagen, was die Parteien und die Herren Wowereit und Platzeck planen, um den Betroffenen zu schaden!

Wir sagen Ihnen, was passiert, wenn wir nicht bereit sind, gegen rücksichtslose Politik zu kämpfen!

Warum noch für seine Interessen kämpfen - der BBI wird doch endgültig gebaut?

Oft wird uns diese Frage gestellt. Oft hören wir, dass es keinen Sinn mehr macht, gegen den BBI zu kämpfen. Genau diese Stimmung braucht die Politik, um reibungslos alles durchzusetzen, was dem BBI hilft und den Betroffenen schadet. Sie wollen eine resignierte Bevölkerung, die nur eine Funktion hat: Am Wahltag muss sie den Strick wählen, mit dem sie aufgehängt wird.

**SO MIT UNS
NICHT**

Wer glaubt, es sei nicht nötig, Mitglied im BVBB zu sein, wer glaubt, für seine Interessen nicht kämpfen zu müssen, der macht sich zum Opfer rücksichtloser und dummer Parteipolitik. Wer glaubt, dass es sich nicht lohnt, gegen verblendete Politiker anzukämpfen, aufmüpfig zu sein, hat den Glauben an Demokratie und Rechtsstaat schon verloren. Vor allem stellt er sich nicht vor, wie es dann wirklich aussieht, wenn der volle Flugbetrieb im BBI aufgenommen wird. Dann müssen wir schon zu Beginn die vierfache Lärm- und Umweltbelastung im Verhältnis zu heute ertragen. Die Flughafenregionen Frankfurt/Main, München, Düsseldorf und Köln beweisen, dass es dann auch hier zu einem Dauerkampf kommen wird. Da haben die Betroffenen nur eine Chance: den BVBB stark machen, Mitglied werden. Das ist die Wahrheit gegen: „Wir können doch nichts machen.“

Forderungen an die Parteien und Regierungen als Fluglärmverursacher

Auch 2009 bleibt es dabei: Der BVBB lässt die Flughafengesellschaft (FBS), die Parteien, die Landtagsabgeordneten, Landräte, Kreistagsmitglieder und die Regierungschefs Platzeck und Wowereit, die Gemeindevertreter und Bürgermeister nicht aus der Pflicht.

Hier die Forderungen der Schutzorganisation für die betroffenen Bürger und Gemeinden. Das will der BVBB durchsetzen. Dafür lohnt es sich zu kämpfen, weil es um das gute Recht der Betroffenen geht. Neben allen Forderungen steht in 2009 der Kampf um ein Nachtflugverbot. Wir werden nicht zulassen, dass SPD, CDU, Wowereit, Platzeck den Nachtflug durchsetzen, und wir werden darum wieder vor das Bundesverwaltungsgericht ziehen.

Aus dem Forderungskatalog in Stichworten zur Erinnerung:

1. Umsiedlung sensibler Einrichtungen
2. Gesundheitsverträglichkeitsprüfung für Kinder und Jugendliche, Vergleich Ist-Situation - Situation nach Inbetriebnahme
3. Umsiedlung der Betroffenen in Regionen bis 350 m Überflughöhe
4. Lärmschutz für alle Innenräume (32 dB(A))
5. Lärmkontrolle durch unabhängige, vereidigte Sachverständige und eine transparente Darstellung
6. Schadstoffkontrolle durch unabhängige, vereidigte Sachverständige und transparente Darstellung
7. Alle Kosten des Lärmschutzes (auch Wartung und Betriebskosten) tragen die FBS als Verursacher
8. Flugroutenfestlegung nach dem Prinzip der geringsten Belastung
9. Unabhängiger Ombudsmann als Interessenvertreter der Betroffenen aus dem Betrieb des BBI
10. Katastrophenschutzplan und Feuerwehren, die im Falle einer Katastrophe retten können
11. Reales Entschädigungsprogramm für Wertverluste der Häuser und Grundstücke
12. Erlass und Erstattung der Klagekosten aus der Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht (März 2006)

Kein Nachtflugverbot - fordern SPD, LINKE, CDU und FDP

Es geht los! Das Berliner Abgeordnetenhaus hat am 08.12.2008 schon vorbeugend mit den Mehrheiten von SPD, LINKEN, CDU, und FDP entschieden, dass auf dem BBI auch nachts geflogen werden soll. Ein Antrag der Grünen, ein Nachtflugverbot für die Zeit zwischen 23:00 Uhr und 6:00 Uhr festzulegen, wurde abgeschmettert. D. h. im Klartext: Diese Parteien wollen den Nachtflug und lassen sich in ihrer Schamlosigkeit nur durch Gerichtsentscheidungen stoppen. Auch Klartext: Die Berliner Politik hat den Brandenburger Abgeordneten und der Landesregierung schon gesagt, was sie zu tun haben.

Wer gegen diese Rücksichtslosigkeit was tun will, muss den BVBB als Mitglied und Spender unterstützen. Nur der BVBB ist in der Lage, mit einer Klage vor dem Bundesverwaltungsgericht den politischen Unverschämtheiten einen Riegel vorzuschieben. Aber es gibt noch ein anderes Kampffeld. Das heißt Landtagswahl in Brandenburg im September 2009. **Keine Stimme den Abgeordneten, die uns und unsere Kinder um die Nachtruhe bringen wollen.**

Finanzierung auf der Kippe - jetzt wird ein Finanzexperte gesucht

Am letzten Tag des Jahres deckte die Tageszeitung „Die Welt“ - 31.12.2008 - mutig die ganzen Lügen über eine angeblich gesicherte und unproblematische 2,4-Milliarden-Finanzierung für den BBI auf. Seit Jahren verkünden Wowereit und Platzeck die gesicherte Finanzierung. Seit Jahren belegt der BVBB, dass es um Propaganda und Volksverdummung geht. Es gibt weder ein Konzept noch vereinbarte Zusagen mit Banken noch eine Subventionsgenehmigung der EU. Und seit Jahren verkünden willfährige Medien den Unsinn von der gesicherten Finanzierung. Nun, so „Die Welt“, müssen Wowereit und Platzeck befürchten, dass sie bald keine Rechnungen an die Baufirmen mehr zahlen können. Für eine Milliarde haben sie Aufträge vergeben, für die sie höchstens Finanzmittel von 300 Millionen haben.

Es wird aber immer noch vertuscht, wie der BVBB seit Jahren schreibt, dass schon jetzt der Steuerzahler die Hauptlast des Prestigeprojektes trägt. 430 Mio. EUR wollen Berlin und Brandenburg mit Steuergeldern. Zusätzlich wurden in 2008 rund 300 Mio. EUR langfristiger Darlehen aus Steuergeldern an die Flughafengesellschaft in Eigenkapital zur Rettung der Bilanz in die FBS gepumpt. Vorher waren 280 Mio. EUR zum Ausgleich der Fehlspekulationen zur Flughafengesellschaft geflossen. Logisch und zwangsläufig verzichteten Berlin und Brandenburg auf die in Tegel anfallenden Gewinne von rund. 65 Mio EUR/Jahr sowie die

**SO MIT UNS
NICHT**

darauf anfallenden Steuern. Diese Gelder gingen als Eigenanteil direkt an die FBS. Jetzt muss noch einer neuer Finanzvorstand her, weil der Vorstandsvorsitzende, Schwarz, überfordert ist das Finanzdesaster selbst zu regeln. Wir stellen fest: Am Ende wird der BBI den Steuerzahler 6 Milliarden Kosten. Ein Flughafenbau in Sperenberg wäre privat finanziert worden. Mit den Milliarden für den BBI könnten alle KITA-, Schul- und Bildungsprobleme in Brandenburg und Berlin gelöst werden.

Fazit: Ein Geschäftsführer oder Vorstand einer Gesellschaft säße schon im Gefängnis, wenn er mit solchen Finanzierungsmanövern das Eigentum seiner Gesellschafter aufs Spiel setzt. Wowereit und Platzeck laufen aber fröhlich herum. Sie haben das Geld des Steuerzahlers zu verspielen, der keinen Eigentumsschutz besitzt.

Messestandort ILA vor den Toren Blankenfeldes

Auch das noch! Für 100 Millionen wollen Wowereit und Platzeck westlich von Selchow neue Hallen und Straßen bauen Sie wollen so die ILA retten, die als Messe für Fliegerei völlig überflüssig ist. Es geht um Prestige, Image und Gaudi. Neugierige Geister und der Steuerzahler sollen das Spektakel auch in Zukunft finanzieren. Zunächst müssen dann 100 Millionen her. Davon hat Berlin und Brandenburg bekanntlich genug. Schließlich muss ja kein Geld für Schulen, Lehrer, KITAS und Soziales ausgegeben werden. Da ist das ILA-Spektakel wichtiger.

Ansonsten ist der Standort auch gut gewählt. Die Blankenfelder können dann zu Fuß zur ILA gehen und die Parkgebühren sparen. Die die nicht hingehen, dürfen dann eine Woche kostenlos unter Fluglärm und Absturzrisiken leben. Schließlich haben sie ja noch nicht genug vom alltäglichen Fluglärm.

Unser Vorschlag an die Blankenfelder: „Bedankt“ Euch für das schöne ILA-Geschenk am Wahltag, am 27. September. Wählt die Kandidaten nicht die Euch die ILA vor die Haustüre setzten.

Baufeld Ost - Bohnsdorf als Gewerbepark

Wer sich die Planung für das Baufeld Ost ansieht, weiß, Bohnsdorf ist als Wohnstandort nun endgültig am Ende. Bis an viele Vorgärten werden Hallen, Büros und Verkehrswege gebaut. Das bringt wieder Lärm und Umweltverschmutzung. Nach Auffassung von Wowereit und seinen Protagonisten, den Parteien im Abgeordnetenhaus und in der Bezirksvertretung Treptow-Köpenick, dazu gehören auch Bohnsdorfer, reicht es eben noch nicht, was durch den BBI kommt. Für Bohnsdorf gilt: Wenn wir schon einen Wohnstandort kaputt machen, dann richtig! Noch können wir uns das leisten, denn die Bewohner ahnen ja noch nicht, wie ihre zukünftige Wirklichkeit aussieht.

Der Traum von weniger Arbeitslosigkeit durch den BBI wird weiter geträumt

Der Hauptgeschäftsführer der Arbeitsgemeinschaft Bau, Wenkel, hat die Katze aus dem Sack gelassen. Der BBI als größtes Bauprojekt in der Hauptstadtregion schlägt sich bisher jedoch nicht in der Arbeitsmarktstatistik nieder. In Brandenburg ist die Zahl der gewerblichen Arbeitnehmer in der Baubranche laut Wenkel sogar um 1.000 Arbeitsplätze auf 19.000 gesunken, in Berlin stagniere sie bei 10.500. Dabei müssten bei dem Auftragsvolumen des BBI jährlich **4.000** Arbeitsplätze gesichert werden, sagte Wenkel. Eine Erklärung findet er dafür nicht.

Schulzes „Bürgerverein“ - ein peinlicher Club

Im September sind in Brandenburg Landtagswahlen. Jetzt heißt es für die Kandidaten, ein Füllhorn von Wahlversprechen auszuschütten und den Wähler mit seinen Sorgen zu entdecken. Da ist keine Peinlichkeit zu viel, wie der SPD-Landtagsabgeordnete und Fraktionsgeschäftsführer Christoph Schulze beweist. Schulze gehört der Partei an, die am rücksichtslosesten den BBI durchgesetzt hat. Jetzt kommt Schulze mit einem obskuren Verein, um die Bürger zu beraten, die man durch den BBI um ihre Zukunft betrogen hat. Schlimmer noch: bewusst will seine SPD und ihr Ministerpräsident den Menschen, insbesondere den Kindern und Senioren, durch Fluglärm und Umweltverschmutzung auch noch gesundheitlichen Schaden zu fügen.

Zynisch und auf Dummheit und Vergesslichkeit spekulierend, hat er nun einen Verein gegründet der die Bürger kostenlos beraten will, damit sie gegen die Auswirkungen des BBI, die die SPD selbst gewollt hat, den Rechtsweg beschreiten können. Wer Mitglied oder Vorstand des Vereins ist, erfährt man nicht. Wie er sich finanziert, auch nicht. Wer den angeblich anwesenden Rechtsanwalt bezahlt und wie er heißt, auch nicht Eine Satzung ist bisher noch nicht aufgetaucht. So darf man spekulieren, ob es sich um einen Trägerverein handelt, dessen eigentliches Ziel es ist, Schulze erneut in den Landtag zu tragen.

Lärmschutzfenster - eine unendliche Geschichte

Wie saures Bier wird von der FBS der Einbau von Lärmschutzfenstern angeboten. Aber keine Illusion über die Wirksamkeit von Lärmschutzfenstern gegen den Fluglärm und eine problemlose Ventilatorenbelüftung von Schlafzimmern. Ob der behauptete Schutz hilft, bestimmen Sachverständige der FBS. Das müssen die Betroffenen schlucken, wenn sie diese Willkürentscheidung nicht rechtlich anfechten wollen. Dazu brauchen sie dann einen eigenen Sachverständigen, einen eigenen Rechtsanwalt und vor allem viel Geld.

Für BVBB-Mitglieder ist geklärt, wie gegen die Willkürentscheidung vorgegangen wird. Bei unseren Anwälten (Grawert Schöning und Partner, Berlin) sind schon 2.000 Anträge auf Rechtsvertretung zur Durchsetzung wirklich geeigneter Schutzmaßnahmen eingegangen. In dieser starken Solidargemeinschaft sind die für die Rechtsauseinandersetzung notwendigen Kosten für jeden potentiellen Kläger erträglich und aufbringbar.

Wissen muss man, die Zeit für Anträge auf Lärmschutz drängt nicht. Selbst 5 Jahre nach Inbetriebnahme des BBI können die Anträge noch gestellt werden.

**SO MIT UNS
NICHT**

Brutaler Eingriff in das Naturschutzgebiet „Glasowbach“ Blankenfelde

Seit Jahren hat sich der BVBB dagegen gestellt, den Selchower See und den Glasowbach zum Abwasserkanal des BBI umzufunktionieren. Dieser Bach ist wegen seiner einmaligen Flora, Fauna und geschützten Tierarten auch unter Schutz des Europarechtes (FFH RA)

Ohne Rücksicht auf Naturschutz und ohne Rechtsgrundlage hat der „Wasser- und Bodenverband Dahme-Notte“ einen 1,8 km langen Bach durch den ehemaligen „Blankenfelder See“ gebaggert. Bei 5 m Breite wurde so eine Fläche von 90.000 m² ihres natürlichen Zweckes beraubt. Zweck dieses „Verbrechens“ - so das SPD Kreistagsmitglied Bernd Habermann (Blankenfelde) - ist offensichtlich, den Abwasserabfluss von 360.000 Litern/Stunde vom BBI in den Rangsdorfer See sicherzustellen.

Der BVBB hat Anzeige erstattet, aber auch die Frage gestellt: Wo bleiben Grüne, die anderen Naturschutzverbände und die Gemeinde Blankenfelde-Mahlow? Da heißt es bisher: Augen und Mund zu. Darum liegt der Verdacht nahe, dass alles geduldet und toleriert wird, was dem BBI hilft. Da dürfen Natur und Recht nicht stören. Aber wehe, wenn ein Bürger nur einen Liter Öl in der Erde entsorgt, dann schreien die, die jetzt schweigen und setzen den ganzen Staatsapparat mit dem Ziel in Bewegung: Dieser Umweltfrevler muss betrafft werden.

Krach durch Luftverkehr wird von SPD, CDU, Linken einfach verleugnet

Der Verursacher des Fluglärms, der Senat von Berlin, hat einen Lärminderungsplan veröffentlicht. Der gilt aber nur für den Autoverkehr. Frech wird behauptet, dass der Fluglärm des BBI für die Bewohner nur erträglichen Lärm verursacht. Lärmkarten die die Wahrheit beinhalten brauche man auch nicht. Dies, weil im Jahr 2004 noch keine 50 000 Flugzeuge in Schönefeld gestartet und gelandet sind, so behaupten die Herrschaften. Zudem habe es die Landesregierung von Brandenburg versäumt eine Zuarbeit zu leisten die notwendig gewesen wäre um auch den Krach des BBI zu kennen. Wer sich so, wie namentlich die Linke Senatorin Lompscher, aus der Verantwortung stiehlt muss Charakterproblem haben. Er teilt die Menschen und ihren Schutzanspruch nach Lust und Laune in zwei Klassen ein. Unterklasse, nicht schutzwürdig sind so die Betroffenen des Fluglärms.

Beitrittserklärung

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt in den BVBB und erkenne die Satzung des Vereins an.

Name _____ Vorname _____

Straße _____

PLZ _____ Wohnort _____

Geb.-Datum _____ Beruf _____

Tel. privat _____ Tel. dienstlich _____

Fax privat _____ Fax dienstlich _____

Ort / Datum _____ Unterschrift _____

Zusätzliche Unterschrift des gesetzlichen Vertreters bei Minderjährigen

Beitrag

Der Monatsbeitrag ist in Abhängigkeit der Einkommensverhältnisse gestaffelt.
Bitte kreuzen Sie entsprechend der Höhe Ihres monatlichen Einkommens Ihren gewählten Beitragstarif an.

T 1	BASISTARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen über 1.000,00 €	3,00 €	<input type="checkbox"/>
T 2	ERM. TARIF	Mitglieder mit monatlichem Netto-Einkommen unter 1.000,00 €	1,50 €	<input type="checkbox"/>
T 3	FREITARIF	Mitglieder ohne Einkommen	0,00 €	<input type="checkbox"/>

Nach Erhalt der Aufnahmebestätigung bitten wir Sie unter Angabe des Namens und der Mitgliedsnummer um Überweisung des Betrages möglichst als Jahres- oder Halbjahresbeitrag auf das

Spenden- u. Beitragskonto des BVBB: Volksbank Berlin - BLZ: 100 900 00 - Konto-Nr.: 7188733004

Wir kämpfen weiter!

Helfen Sie uns, weil Ihnen geholfen wird! Spenden Sie und werden Sie Mitglied des BVBB!